

GRUNDSATZPROGRAMM

Akademisierung

Die LHG München lehnt eine Akademisierung von klassischen Ausbildungsberufen wie beispielsweise der ErzieherInnenausbildung ab. Unsere Gesellschaft braucht beide Ausbildungsformen, die nicht gegeneinanderstehen, sondern sich sinnvoll ergänzen und gleicher Wertschätzung und Respekt bedürfen. Grundsätzlich wenden wir uns gegen einen Zeitgeist, der die Ausbildung als „Bildungsweg zweiter Klasse“ betrachtet. Ausbildung und Studium, wie auch die daraus folgenden Berufe, sind gleichermaßen wertvoll.

Eine praxisnahe Ausbildung kann nicht dadurch aufgewertet werden, indem sie kurzerhand in ein Hochschulstudium umgewandelt wird und dadurch wichtige Elemente und Praxisbezug verliert. Ist eine Ausbildung keine ausreichende Qualifizierung, so muss über eine Reformierung des jeweiligen Ausbildungsplans nachgedacht werden.

Die LHG München begrüßt es, wenn ausgebildete Fachkräfte sich durch ein Studium weiterbilden und wissenschaftlich betätigen möchten. Eine reine Berufsausbildung ohne wissenschaftliches Arbeiten in Studienform an den Universitäten lehnt die LHG München ab.

Antisemitismus

Die LHG München bekennt sich uneingeschränkt zum Lebensrecht des jüdischen Volkes und damit zum Existenzrecht des Staates Israel. Der Antisemitismus in all seinen Ausprägungen ist als menschenverachtende Ideologie auch an den Hochschulen zu bekämpfen.

In diesem Sinne lehnen wir eine Unterstützung antisemitisch auftretender Gruppen ab, insbesondere der BDS-Bewegung und ihr nahestehender Organisationen.

Die LHG München nimmt die historische Verantwortung an den Hochschulen ernst und tritt damit in Opposition zu allen, die Antisemitismus durch ihr Verhalten befördern oder verharmlosen. Ein Vordringen solcher Gruppen in die studentischen und akademischen Gremien ist mit allen legalen Mitteln zu verhindern. Die Hochschulleitungen und Bildungsministerien werden aufgefordert, die

Forderung nach einem akademischen Boykott Israels entschieden zurückzuweisen und ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus zu ermöglichen.

Anwesenheitspflichten

Die Hochschulen, ProfessorInnen, DozentInnen und TutorInnen sind aufgefordert, auf jegliche Anwesenheitspflichten formeller oder informeller Art grundsätzlich zu verzichten und auf eine umfassende akademische Freiheit hinzuwirken. Auf Anwesenheit darf nur in besonders geregelten und fachlich notwendigen Fällen bestanden werden.

Aufgabenpool für Abiturprüfungen

Wir begrüßen einheitliche Aufgabenpools für Abiturprüfungen. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die Vergleichbarkeit der Leistungen von AbiturientInnen in Deutschland zu erhöhen, und fördert zudem das Entstehen eines bundeseinheitlichen hohen Bildungsniveaus.

Zugleich sehen wir es als notwendig an, stärker als bisher kompetenzorientierte Lehrpläne – über Kooperationen der Bundesländer – zu befördern. Erst eine konsequente Kompetenzorientierung der Lehrpläne – und dann ausgehend die Schaffung von Aufgabenpools – ist zukunftsweisende Bildungspolitik.

BAföG

Bildung ist wesentliche Grundlage für die Möglichkeit zum Aufstieg und zur Gestaltung eines selbstbestimmten, freien Lebens. Deshalb nimmt sie gerade bei uns Liberalen einen derart hohen Stellenwert ein, wie bei keiner anderen politischen Richtung. Ob bei der Ausbildung oder im Studium: Bildung kostet. Gerade für junge Leute aus finanziell schwachen Familien können die Kosten eine derart entscheidungsrelevante Hürde darstellen, dass der Werdegang eines jungen Menschen zu einer Frage des Geldbeutels und nicht seiner Fähigkeiten, seines Engagements und seiner Zukunftsziele wird. Das ist für uns als LHG München inakzeptabel. Wir wollen überbordende Bürokratie und den unverständlichen Paragrafendschunzel im BAföG und AFBG abschaffen. Bei sonst gleichbleibenden (Rückzahlungs-)Konditionen sollen StudentInnen und Auszubildende in Zukunft elternunabhängig die finanzielle Unterstützung des BAföG erhalten können. Die Unterhaltsansprüche an Eltern verringern sich dementsprechend.

Brexit

Für unsere zukünftige Beziehung zum Vereinigten Königreich wünschen wir uns weiterhin die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die als Voraussetzung für einen gemeinsamen Binnenmarkt steht. Wir fordern die Aufrechterhaltung der Bildungsfreizügigkeit. Bildungs Kooperationen wie ERASMUS sollen weiter erhalten und gefördert werden. Forschungsorientierte Kooperationen sind weiterhin wünschenswert.

Bundesweite Studierendenvertretung

Die LHG München spricht sich gegen eine bundesweite StudentInnenvertretung in Form einer Körperschaft öffentlichen Rechts aus. Bereits bestehende bundesweite Strukturen wie der „freie Zusammenschluss von student*innenschaften“ (fzs) haben für die LHG München keine ausreichende Legitimationsgrundlage.

Vielmehr sehen wir die bundesweit agierenden Hochschulgruppen als studentische Stimme in der Bundespolitik. Ihr Einfluss auf die Realpolitik und damit die Effektivität dieser Verbände ist durch bereits bestehende Vernetzung deutlich größer und hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Demokratischer Antifaschismus

Antifaschistisches Engagement ist ein Akt der Verteidigung gegen antidemokratische und rassistische Kräfte. Der rechtsextremen Ideologie stellen wir zu jeder Zeit unsere Idee einer solidarischen, offenen und gerechten Gesellschaft entgegen. Vor allem in Zeiten des Erstarkens rechtsnationaler, völkischer Ideen setzen wir uns als Demokraten aktiv gegen die verfassungsfeindliche Ideologie ein.

Digitalisierung

Die Münchner Hochschulen sollen den Ausbau ihrer digitalen Infrastruktur intensivieren, indem sie folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Als wichtigsten Punkt sieht die Liberale Hochschulgruppe München die flächendeckende Aufzeichnung von Vorlesungen, einerseits, um den StudentInnen mehr Flexibilität in der Gestaltung des Studienalltages zu ermöglichen, andererseits aber auch, um StudentInnen mit

Behinderungen die Gelegenheit zu bieten, sich die Vorlesung anzuhören. Dabei sind, soweit relevant, Persönlichkeitsrechte von StudentInnen angemessen zu schützen.

2. Des Weiteren fordert die LHG München die Einführung von digitalen Abschlusszeugnissen an allen Fakultäten.
3. Zudem sollen die Münchner Hochschulen sich für die Etablierung hochschulübergreifender digitaler Lernplattformen einsetzen, wie z.B. der Virtuellen Hochschule Bayern.

Diskussionskultur an den Hochschulen

Die LHG München setzt sich dafür ein, dass die Münchner Universitäten ihre apolitische Einstellung ablegen und genügend Freiraum für politischen Austausch und Diskussionen gewähren – auch mit gewählten RepräsentantInnen. Hierzu müssen Räume bereitgestellt und Bewerbungen solcher Veranstaltung ermöglicht werden. Auch sollte die reine organisatorische Unterstützung durch möglicherweise parteinahe Stiftungen kein alleiniger Grund für die Absage einer Veranstaltung sein.

Europa

Wir bekennen uns klar zur Europäischen Integration. Wir halten die EU für ein großartiges Projekt, das es weiter zu stärken gilt. Wir sehen aber auch Verbesserungspotenzial und fordern deshalb:

European Digital University (EDU)

Wir fordern die Einführung einer Europäischen Digitalen Universität nach folgendem Konzept:

- Transeuropäische Konzeption, Durchführung, Koordinierung und Finanzierung von Forschung und Lehre
- Aufbau von Datenbanken und IT für europaweite Vernetzung zur digitalen Lehr- und Forschungsk Kooperation
- Abbau von sprachlichen Hürden im Verwaltungsablauf und Studium mit vollumfänglichem Angebot auf Englisch, unter Ergänzung nationaler Sprachen
- Kooperationen mit Universitäten/akkreditierten Einrichtungen vor Ort zur Abnahme von Prüfungen
- Autonome Ausgestaltung von Studieninhalten bei gleichzeitiger Vergleichbarkeit durch gesamteuropäische Rahmenbedingungen

- Angebot allgemeiner Studiengänge im Konzept des Studium Generale innerhalb des regulären Bachelor-/Mastersystems
- Angebot spezieller europäischer Bachelor-/Masterstudiengänge
- Umfassende (digitale) Bereitstellung von Studieninhalten in Form von Vorlesungen, Übungen, Lernmaterialien, etc.
- Aufbau von digitalen Kommunikations- und Lernplattformen zum Austausch europäischer StudentInnen

Europäischer StudentInnenausweis

Wir fordern die Einführung eines europäischen StudentInnenausweis, der Folgendes ermöglichen soll:

- Verifizierung des StudentInnenstatus
- Reduzierung des Verwaltungsaufwands für StudentInnen & Hochschulen durch Bereitstellung digitaler Unterlagen
- Bündelung weiterer studentischer Dienste wie z.B. Zahlung in Mensen, Zutritt zu Räumlichkeiten, etc.

StudentInnen sollen selbst entscheiden, welche für die Durchführung des Studiums nicht zwingend relevanten Daten sie preisgeben und welche Funktionen sie nutzen wollen. Diese Daten sind nach modernen Standards zu verschlüsseln.

Europäisches Netzwerk der Universitäten

Wir fordern den Ausbau des europäischen Hochschulnetzwerkes mit gemeinsamen Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten. Hierfür müssen folgende Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Angleichung der Semesterzeiten
- Gemeinsam finanzierte und in die Europäische Digitale Universität (EDU) integrierte Lernplattform
- Zweispurige Grundfinanzierung durch den EU-Haushalt und die jeweiligen Mitgliedsstaaten

Zur Ausgestaltung soll Folgendes umgesetzt werden:

- Erweiterung des Sprachangebots an allen europäischen Hochschulen: Allen StudentInnen soll es möglich sein, an ihrer Hochschule international vergleichbare Sprachkurse belegen zu können.

- Europäische Studiengänge (bspw. European Law): Hierdurch soll es StudentInnen möglich sein, innerhalb eines Rotationssystems den Studienort zu wechseln und so verschiedene Kulturen kennenzulernen.
- Förderung des internationalen Informationsaustausches unter StudentInnen, Lehrenden und ForscherInnen, z.B. durch internationale Forschungsprojekte mit gemeinsamem Budget und gemeinsamer operativer Planung.
- Interdisziplinäres Lehrangebot an allen europäischen Hochschulen
- Ein StudentInnenausweis, der europaweit anerkannt wird

Die Finanzierung und Akkreditierung sollen durch die Europäische Union sichergestellt werden.

Extremismus

Die LHG München bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir stehen für Vielfalt & liberale Werte. Gegen jegliche Form von Extremismus, unabhängig davon, welcher Ideologie er abstammt, fordern wir mit allen legalen Mitteln vorzugehen. Hochschulen und StudentInnen haben die besondere Verantwortung, durch Förderung einer gelebten Kultur der Demokratie diese Werte zu schützen. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedarf des Schutzes vor denen, die sie zerstören wollen.

Forschung

Für uns ist Forschung der Schlüssel, um zentrale gesellschaftliche Herausforderungen der Menschen zu lösen und eine bessere Zukunft zu schaffen. Forschung bedeutet immer auch den Mut zu haben, sich an unbekannte Mechanismen zu wagen, Risiken einzugehen und Dinge herauszufinden, die nicht immer nur Gutes bewirken. Eine freiheitliche Gesellschaft muss sich mit den Risiken auseinandersetzen, die sie eingeht. Sie darf aber nie aus Angst allem Neuen ablehnend gegenüberstehen.

Grundsätzlich sind wir dem Fortschritt und der Freiheit der Forschung gegenüber optimistisch eingestellt. Die Grenzen der Forschungsfreiheit finden sich in der Menschenwürde, den Grundrechten und dem Völkerrecht. Eine Zivilklausel an den Münchner Hochschulen lehnen wir ab.

Um den Forschungsstandort Deutschland attraktiv zu halten ist es nötig, in gute Rahmenbedingungen zu investieren. Eine positive Sicht der Gesellschaft auf Forschung ist dafür ein

entscheidender Faktor, aber auch ohne ausreichende Finanzierung können vielversprechende Forschungsergebnisse nicht zu Stande kommen. Wir befürworten staatliche Forschungsförderung – sowohl an öffentliche Einrichtungen als auch an private Unternehmen. Mittel sollten innerhalb des Wissenschaftssystems neutral und transparent verteilt werden, sodass die einzelnen ForscherInnen für eine bestmögliche Verwendung der bereitgestellten Finanzen Sorge tragen können. Drittmittel aus der freien Wirtschaft sind grundsätzlich als Ergänzung der staatlichen Finanzierung begrüßenswert, sollten aber nicht bei der Haushaltsplanung als Kompensation für Bildungskürzungen einkalkuliert werden.

Um auch in Zukunft wissenschaftlichen Nachwuchs zu motivieren, müssen an den Münchner Hochschulen Verhältnisse geschaffen werden, die international wettbewerbsfähig sind und eine echte Alternative zu einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft darstellen. Insbesondere muss daher früh ausreichender Freiraum geboten werden, um eigenen Forschungsprojekten nachzugehen.

Gleichstellung

Wir als LHG setzen uns für Gleichstellung in der Form ein, dass alle Menschen gleiche Chancen haben müssen, keine Diskriminierung erfahren dürfen, für dieselbe Arbeit nicht ungleich viel verdienen und selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können. Zudem sprechen wir uns dafür aus, dass Menschen und ihre Lebensentwürfe nicht durch Stereotype eingeschränkt werden.

Internationalität

Wir schätzen eine vielfältige internationale StudentInnenlandschaft an den Münchner Universitäten. Hürden für internationale StudentInnen und AustauschstudentInnen müssen weitgehend abgebaut werden. Auch sind wir davon überzeugt, dass Menschen mehr als nur eine Identitätszugehörigkeit zu einem Land in sich vereinen können und fordern daher die vollständige Abschaffung des Optionsmodells und die Anerkennung multipler Staatsangehörigkeiten.

Liberalismus

Die LHG München trägt den Werten des Liberalismus – Freiheit und Verantwortung, Individualismus und Pluralismus, Demokratie und Chancengerechtigkeit, Toleranz und Offenheit – Rechnung, indem wir uns für KommilitonInnen, Hochschule und Gesellschaft engagieren. Für uns ist Bildung ein

Bürgerrecht. Bildung ist im 21. Jahrhundert die Grundlage für die Teilhabe von immer mehr Menschen an unserer Gesellschaft und damit auch von Freiheit. Den Wert der Bildung hervorzuheben, ist also auch eine Frage von Fairness und Gerechtigkeit.

Open Access

Wir fordern eine verbesserte Informationsversorgung durch Open Access zum Beispiel für Standardwerke und den Einsatz digitaler Lernunterlagen, wie z.B. Podcasts, Videos und Skripte.

Psychische Belastungen im Studium

Die LHG München vertritt nicht die Position, dass das Studium drucklos werden und Leistungsnachweise bzw. Noten abgeschafft werden sollten. Wir fordern vielmehr, dass das Thema psychische Belastungen enttabuisiert werden soll. Dies kann beispielsweise gelingen, indem StudentInnen selbst untereinander eine Kultur der Achtsamkeit leben, es in der studentischen Selbstverwaltung einen Ansprechpartner für psychische Belastungen gibt und das psychosoziale Beratungsangebot ausgebaut wird.

Hochschulen müssen adäquate (Erst-)Anlaufstellen für StudentInnen anbieten. Dies gilt sowohl für psychische Belastungen, für welche die Arbeitsbelastung im Studium oder auch extracurriculares Engagement ursächlich ist, als auch für sonstige Belastungen.

Queer

Die LHG München setzt sich dafür ein, dass allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man ist. Ob schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell, ob inter-, transsexuell oder transgender oder anders eingestellt - jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen können. Auch sind für uns alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll. Daher wollen wir Toleranz fördern und der Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher oder sexueller Identität ein Ende setzen.

Semesterzeiten

Die LHG München setzt sich für die Angleichung von Semesterzeiten an europäischen Hochschulen ein. Dies erleichtert den Wechsel des Studienortes und würde auch landesübergreifende Studienangebote, wie Auslandssemester, vereinfachen.

Studienabbruch

Wer ohne Abschluss studiert hat, hat trotzdem etwas gelernt und meist fachspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten gewonnen. Studien zeigen, dass Studienabbrecher zahlreiche unterschiedliche Karrierewege einschlagen können. So kommt es z.B. zu einem Einstieg in eine Berufsausbildung. Auch möglich ist eine spätere Rückkehr an die Hochschule.

Es muss in unserem Interesse liegen, dass Studienabbrechern der weitere berufliche Weg nicht unnötig schwer gemacht wird. Die Liberalen Hochschulgruppen fordern daher die Anerkennung von Studienleistungen in Berufsausbildungen oder in einem erneuten Studium auszuweiten. Dies könnte sich in einer Verkürzung der Ausbildungszeit niederschlagen.

Studieren mit Kind

Viele Eltern, die im Studium ein Kind bekommen, stehen in der Hochschule immer noch vor Problemen. Ein Studium, das eigenverantwortlich und individuell gestaltet sein soll, darf nicht in ein Korsett von sechs Semestern geschnürt werden. StudentInnen, die während des Studiums ein Kind bekommen, dürfen dadurch keine Nachteile im Studium (z.B. Prüfungen) oder bei BAföG-Bewilligungen bzw. Weiterförderungen erfahren, sondern bedürfen für ihre spezielle Situation Verständnis und Unterstützung.

Studium mit Beeinträchtigung

Die LHG München sieht vor allem in den Punkten Information und Beratung, Verständlichkeit der Prüfungs- und Studienordnungen, Finanzierung und BAföG und Barrierefreiheit Nachholbedarf, damit jeder eine gerechte Chance auf ein erfolgreiches Studium hat. Auch eine konsequente Digitalisierung erleichtert den Alltag, insbesondere auch für beeinträchtigte StudentInnen.

Die Maßnahmen an der Universität zur Verbesserung der Studiensituation sind in enger Kooperation mit den entsprechenden Personen durchzuführen.

Umweltschutz

Der Schutz der Umwelt ist uns ein wichtiges Anliegen und eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir wünschen uns Bedingungen, zu denen wirksamer Umweltschutz sowie die Entfaltungsmöglichkeiten unserer Gesellschaft in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Die Universitäten als öffentlich-rechtliche Körperschaften haben eine Vorreiterposition in der Gesellschaft und müssen mit positivem Beispiel vorangehen, z.B. durch die Nutzung emissionsfreier Transportmittel.

Die Rolle der Universitäten liegt insbesondere in der Forschung an Konzepten und Technologien, die zum Umweltschutz beitragen und der Erforschung von Umwelt und Klima.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 25. Mai 2020.